



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. September 2019  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **P 590 Postulat Huser Barmettler Claudia und Mit. über eine Statistik über den Frauenanteil in politischen Ämtern in den Luzerner Gemeinden / Justiz- und Sicherheitsdepartement i. V. mit Finanzdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Claudia Huser Barmettler hält an ihrem Postulat fest.

Claudia Huser Barmettler: Mit dem Postulat wollen wir erreichen, dass einfache und verlässliche Auswertungen gemacht werden können und die Geschlechterverteilung in politischen Ämtern auf kommunaler Ebene eruiert werden kann. Es geht also nur um Informationen. Leider muss ich davon ausgehen, dass wir unser Anliegen in diesem Postulat – das ich zwar als Erstunterzeichnende eingereicht habe, das aber eine Initiative von Vertreterinnen aller Parteien war – nicht verständlich formuliert haben. Aus der Stellungnahme des Regierungsrates kann ich zwei Schlüsse ziehen: Wenn der Regierungsrat meint, dass er mit der Information über den Parlamentsanteil in den Wahlunterlagen vom 31. März 2019 auf den Frauenanteil hingewiesen und damit seinen Beitrag zur Frauenförderung geleistet hat, dann ist das entweder so, oder es deutet darauf hin, dass wir unser Anliegen nicht verständlich dargelegt haben. Um die politische Entwicklung eruiert zu können, müssen wir wissen, welche Geschlechter auf kommunaler Ebene in politischen Ämtern vertreten sind. Mit dem Postulat verlangen wir also nur Zahlen, um entsprechende Vergleiche anstellen zu können. Die Regierung schreibt, es sei nicht ihre Aufgabe, Frauenförderung zu betreiben. Da bin ich mit der Regierung einer Meinung, das sollen die Parteien tun. Aber um einen allfälligen Handlungsbedarf auszuweisen, braucht es zuerst eine Analyse, und dazu benötigen wir die geforderten Zahlen. Sehr überrascht bin ich auch, dass die Regierung es nicht als Aufgabe des Kantons ansieht, Auswertungen für kommunale Anliegen vorzunehmen, und dass dieses Anliegen, wenn überhaupt, von den Gemeinden selber kommen müsse. Ziel unseres Rates ist es doch, den Kanton zusammen mit unseren Gemeinden weiterzubringen. Oder zählt etwa nur der Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) als einziger akzeptabler Vertreter der Gemeinden? Oder sind die kommunalen Wahlen weniger wichtig als die kantonalen? Die meisten von uns haben in der kommunalen Politik angefangen. Wir müssen doch somit wissen, wie unsere politische Zukunft aussieht, und dazu benötigen wir Zahlen. Damit sind wir auch beim letzten Punkt, der regierungsrätlichen Stellungnahme, die mich enttäuscht. So erklärt der Regierungsrat, er habe keinen direkten politischen Auftrag und sehe somit keinen Handlungsbedarf. Zum einen erteilen wir einen politischen Auftrag, und zum anderen erinnere ich gerne daran, dass politische Bildung sehr wohl ein Auftrag und auch ein Teil unserer Demokratie ist. Im Moment wird das Thema Frauenförderung in den Medien oft thematisiert. Ich bitte Sie aber, sachlich zu bleiben, denn bei unserem Postulat geht es nur um Daten. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Simone Brunner: Das Postulat fordert gesicherte Daten über den Frauen- und Männeranteil in der Gemeindepolitik. Diese Daten sind ein wichtiges Steuerungsinstrument für die politische Arbeit allgemein, aber vor allem auch für die Parteien. Die politische Nachwuchsförderung findet auf kommunaler Ebene statt. Die Nachwuchsförderung, die für Männer und Frauen gleichermaßen zu erfolgen hat, ist für den Kanton elementar. Statt dass jede der 83 Gemeinden Lustat den Auftrag erteilt, die geforderten Daten zu erheben, ist der Kanton in der Pflicht, die Koordination zu übernehmen. Der Kanton kann ein Zeichen setzen, dass er es mit der Erfüllung des Gleichstellungsgesetzes und der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik ernst meint. Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Angela Lüthold: Die Postulantin verlangt, dass die Regierung regelmässig statistische Auswertungen nach Parteien und Geschlecht auf kommunaler Ebene veröffentlicht. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme festhält, liegen bereits verschiedene Bestrebungen des Schweizerischen Gemeindeverbandes vor, beispielsweise das von der Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur entwickelte Online-Tool Promo35, das als gute Basis dient, oder der Hinweis in den Wahlanleitungen im Kreisschreiben zu den Nationalratswahlen. Die Wahlen auf kommunaler Ebene liegen in der Kompetenz der Gemeinden. Die SVP ist der Auffassung, dass durch diese Auswertung kein besserer Frauenanteil erreicht werden kann. Die Frauen müssen in erster Linie aus Überzeugung politisieren und es selber wollen. Es ist im Interesse der Parteien, Frauen für die Kandidaturen zu motivieren und zu rekrutieren. In einer Gemeinde sind die Kandidaturen überschaubar, und die Parteien wissen selber, wie sich ihre Kandidaturen zusammensetzen und wie hoch der Frauen- und Männeranteil ist. Auf Datenanalysen folgen in der Regel Forderungen an die Regierung. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Monique Frey: Man könnte die Stellungnahme der Regierung als untypische Männerantwort bezeichnen. Gerade Männer argumentieren nämlich gerne mit Statistiken, was ja eigentlich richtig ist, denn Statistiken liefern wichtige Informationen und lassen Taten folgen. Statistiken liefern Zahlen und Fakten zu Aussagen, die zum Teil nicht untermauert sind. Wir verlangen eine Statistik über den Frauenanteil in politischen Ämtern in den Luzerner Gemeinden, um auf die Herausforderungen reagieren zu können. Wir wollen, dass der Kanton eine zusätzliche Analyse in Auftrag gibt, welche die Gemeinden selber nicht vornehmen können. Es ist einfacher und im Interesse des Kantons, wenn er selber eine solche Analyse in Auftrag gibt. Viele politische Frauenkarrieren starten in den Gemeinden. Von da her ist es im Interesse unseres Rates und speziell der Regierung zu untersuchen, warum auf kantonaler Ebene nicht mehr Frauen in politischen Gremien vertreten sind. Ein Paradebeispiel ist unser Regierungsrat, der nur aus Männern besteht, was heutzutage eigentlich nicht mehr zu akzeptieren ist. Zudem würden wir gerne wissen, warum so wenig Frauen in den Gemeinderäten vertreten sind. Es geht also nicht nur um reine Zahlen, sondern auch darum zu analysieren, für welche Ämter Frauen kandidieren und was in den Nominationsversammlungen passiert, um sehen zu können, von welchen Gremien die Frauen ausgebremst werden. Frauen interessieren sich für politische Ämter, aber der Weg zu einer Kandidatur ist nicht einfach. Es ist im Interesse der Parteien, diese Herausforderung gemeinsam mit den Frauen zu meistern.

Ludwig Peyer: Ich nehme im Namen der CVP-Fraktion Stellung. Wir teilen die Argumentation des Regierungsrates. Beim Anliegen handelt es sich um eine reine zahlenmässige Analyse verschiedener Daten. Es ist aber nicht klar, was die Auswertung soll, denn mit einer zahlenmässigen Analyse ist noch nichts über die Gründe gesagt. Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass es praktisch immer um Majorzwahlen geht. Die geforderten Zahlen liegen den Gemeinden und den Parteien bereits vor. Deshalb weiss ich nicht, warum wir Lustat mit diesem unklaren Auftrag bemühen sollten. Ich verweise zudem auf die anderen Massnahmen des Schweizerischen Gemeindeverbandes zur Stärkung des Milizsystems. Wir sollten uns besser für die Stärkung des Milizsystems einsetzen. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Vroni Thalmann-Bieri: Ich habe das Postulat ebenfalls unterzeichnet, aber aus einem

anderen Grund. Mit einer pragmatischen Lösung soll herausgefunden werden, wo sich Frauen aufstellen liessen und ob sie gewählt wurden. Ich habe nicht den Anspruch an den Kanton, dass er weitere Auswertungen vornehmen soll. Die bestehende Lustat-Statistik zu den Wahlen könnte ganz einfach um zwei bis drei Spalten erweitert werden. Wir müssten jedoch die Daten von 83 Gemeinden in mühsamer Kleinarbeit selber zusammentragen. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Claudia Huser Barmettler: Uns ist es klar, dass diese Daten vorliegen, aber nicht als Ganzes, sondern in den einzelnen Gemeinden. Falls die Statistik erweitert werden sollte – beispielsweise mit Berufen –, ist das immer noch möglich, denn bei einem Postulat handelt es sich nur um einen Prüfauftrag, der nötigenfalls erweitert werden kann.

Helene Meyer-Jenni: Das Votum der CVP-Fraktion überrascht mich. Es geht tatsächlich um Zahlenmaterial und um Auswertungen. Aber verlangt nicht unser Rat selber immer nach Zahlen? Natürlich zieht man aus diesem Zahlenmaterial eine Schlussfolgerung. Davor braucht aber niemand Angst zu haben. Der Auftrag kann zudem auch noch präzisiert werden. Ich verstehe die ganze Aufregung nicht, schliesslich handelt es sich um einen unspektakulären Auftrag, der in ein paar Jahren sogar zurückgenommen werden kann, sollte sich das Ganze erledigt haben.

Jörg Meyer: Ich habe nachgelesen, was Lustat erfasst: so sind dies etwa Statistiken über die Kinoinfrastruktur, Ranglisten von Vornamen, Überlebensraten neuer Unternehmen oder Erträge aus der Angelfischerei. Jetzt geht es um die Politik. Der Kanton Luzern ist in der politischen Gleichstellung nicht dort, wo er eigentlich sein sollte. Das Postulat will nichts anderes als einmalig zu wissen, was Sache ist. Falls aus dem Postulat Rückschlüsse gezogen werden können und es zu irgendwelchen Forderungen kommt, entsteht nichts anderes als eine politische Diskussion. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Pia Engler: Heute haben wir Frauen die Gelegenheit, ein Anliegen aufzunehmen, das uns weiterbringen kann. Warum ist es so schwierig, einen neuen Weg zu gehen und das Anliegen aufzunehmen? Ich bitte Sie alle den Mut aufzubringen, dem Postulat auch entgegen der Parteiempfehlung zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Lustat hat einen Auftrag betreffend die National- und Ständeratswahlen, nicht aber betreffend die Wahlen auf kommunaler Ebene. Eine Datensammlung wäre interessant; gemäss Lustat würde diese 20 000 Franken kosten. Es fragt sich aber, wer mit dieser Auswertung etwas anfangen kann. Ein Datensatz ist noch keine Auswertung. Es liegt auch kein Auftrag an die Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) vor, sich des Themas anzunehmen. Mangels unmittelbarer Notwendigkeit einfach eine Datenerhebung durchzuführen, lehnen wir ab. Es gibt Varianten, zum Beispiel die Erhebung des Bundesamtes für Statistik oder des Städteverbands. Oder es gibt eine Erhebung der Universität Lausanne von Andreas Ladner, der seit 1988 Daten erhebt, unter anderem die Vertretung der Frauen in den kommunalen Exekutiven. Diese Umfragen decken zwischen 70 und 85 Prozent der Gemeinden ab. Zuerst sollten also die vorhandenen Materialien genutzt und kein neuer Datensatz in Auftrag gegeben werden. Im Namen des Regierungsrates bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 52 zu 48 Stimmen erheblich.